

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 740

Mittwoch, 27. Oktober 2021

28. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Ex-Militärs greifen Kongress an, Polizist*innen und Journalist*innen.....	1
PNC ist in Alarmbereitschaft aufgrund von möglichen Angriffen von Militärveteranen auf Polizist*innen.....	1
Allgemeine Verurteilung der Angriffe auf Journalist*innen von Seiten der Veteranen.....	3
Unruhen im Kongress: Was sagt der Präsident?.....	3
Eskalation in El Estor.....	3
»Die Menschen werden bedroht und diffamiert«.....	3
Ausnahmestand in El Estor – die Sicht der Polizei und Regierung.....	4
Brief der Gemeinde El Estor an die internationale Gemeinschaft.....	5
Kongress: Shirley Rivera von der Regierungspartei wird Parlamentspräsidentin.....	6

Ex-Militärs greifen Kongress an, Polizist*innen und Journalist*innen

PNC ist in Alarmbereitschaft aufgrund von möglichen Angriffen von Militärveteranen auf Polizist*innen

Guatemala, 20. Oktober – Die Nationale Polizei (PNC) befindet sich in Alarmbereitschaft, da es Drohungen von Militärveteranen gibt, Kommissar*innen und Polizist*innen anzugreifen. Diese Gefahr wurde vergangenen Dienstag auch bei gewalttätigen Demonstrationen im Kongress Wirklichkeit.

Diesen Mittwoch, 20. Oktober 2021, wurde ein internes Dokument der PNC bekannt, in der die Mitarbeiter*innen aufgefordert wurden, «(Selbst-)Schutzmassnahmen einzuleiten». Das Dokument, das innerhalb der Polizei an der Südküste des Landes sowie in den Departments Suchitepéquez und Escuintla zirkulierte, sprach von einem «dringlichen Anliegen», den Polizist*innen nahezubringen, dass Angriffe von Seiten von Militärveteranen bevorstehen könnten, die auch «Besetzungen von Polizeistationen, Entführungen von Polizist*innen und die Einnahme wichtiger Punkte» beinhalten können. Laut dem Dokument sollte die PNC «den ungeschützten Gebrauch von Telefonen und Handys» vermeiden und wird gebeten, bei Patrouillen und der Registrierung von Personen und Autos besondere Vorsicht walten zu lassen.

Der Sprecher der PNC, Jorge Aguilar, versicherte, dass seine Institution in ständiger Alarmbereitschaft sei und die Mitarbeiter*innen während ihrer Arbeit stets Selbstschutzmassnahmen ausführten. Er kommentierte das genannte Dokument dahingehend, dass er darüber nicht informiert sei, vermied aber sowohl eine Bestätigung wie eine Dementierung des Vorgangs. Allerdings haben zwei Quellen aus der PNC gegenüber Prensa Libre bestätigt, dass die Gefahr real sei und dass die Vorgesetzten ihre Untergebenen über diese Bedrohungen aus Escuintla und anderen Departments während des 20. Oktobers informiert habe.

Drohungen der Militärveteranen

Nach den Vorkommnissen im Kongress, die zu verletzten Personen, verbrannten und zerstörten Autos und Schäden am Kongressgebäude führten, haben die Militärveteranen, die für diese Vorkommnisse verantwortlich waren, weitere Drohungen ausgesprochen. «Wir sind Kaibiles, gut trainierte Männer, Gebirgsjäger, die dazu ausgebildet sind, gegen die Bewaffnung der PNC zu bestehen und die bereit sind zu sterben», sagte Francisco González, Mitglied der Nationalen Vereinigung der Reservisten des Guatemalteckischen Militärs (ANASOREGUA).

Zudem sagte er, dass Ihr Ziel sei, die PNC zu besiegen, und beschwor, dass «wir» im Falle von Verhaftungen «zurückkehren werden, um die Gefangenen zu befreien». Die Gesetzesinitiative, die die Veteranen des Bürgerkrieges eingebracht haben, wird aktuell in den Ausschüssen für Verteidigung, Finanzen und Menschenrechte des Kongress behandelt. Sie fordert eine Zahlung von 120.000 Q (etwa 13.000 €) für jeden Veteranen und, im Falle, dass die Veteranen getötet wurden, für deren Familien, zahlbar in vier Überweisungen pro Jahr.

Reaktion des Verteidigungsministeriums

Das Verteidigungsministerium distanziert sich von den sogenannten Veteranen des Heeres, die vergangenen Dienstag auf die Strasse gingen und Akte des Vandalismus begingen. Allerdings war es weiterhin damit beschäftigt, die Liste jener ehemaligen Militärangehörigen zu bereinigen, die bei den verschiedenen Veteranenvereinigungen aktiv sind und die 120.000 Q (= 13.000 €) für jene forderten, die ihren Militärdienst während des Bürgerkrieges geleistet haben. Die Streitkräfte wurden über die Situationen dieser Personen befragt, während die Demonstrationen sich am Dienstag in Gewalt entluden, Demonstranten gewaltsam ins Kongressgebäude eindrangen, Fahrzeuge ebenso abfackelten wie Abgeordnetenbüros und mit weiteren derartigen Taten drohten, wenn die Zahlungen nicht erfolgen würden.

Der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Oberst Rubén Téllez, sagte, dass die Gewalt bedauerlich und durch nichts zu rechtfertigen sei. Stattdessen sollten diese Personen auf individueller Ebene oder als Veteranenvereinigungen auf die Situationen reagieren, weil sie ja aus dem Militär als Institution ausgetreten seien. Er erklärte, dass es sich nicht um aktive Militärangehörige handele, sondern um Personen, die Militärdienst geleistet haben und seither je nach deren Alter (18-65 Jahre) als Militärreserve einziehbar sind. Zugleich betonte er noch einmal, dass diese keine aktiven Militärangehörige seien. Die Reserve, von der Téllez sprach, ist die verfügbare Reserve, die alle Personen zwischen 18 und 35 Jahren umfasst, die Militärdienst geleistet haben. Und die territoriale Reserve, d.h. alle Bürger*innen zwischen 18 und 65 Jahren, die aufgrund von Krankheiten, Behinderungen oder anderen Gründen keinen Militärdienst geleistet haben, die aber Aufgaben für die Regierung ausführen könnten. Diese Klassifikationen beziehen sich auf den Fall eines Konfliktes mit einem äusseren Gegner, einem Krieg oder einer Naturkatastrophe. Bei letzterer können auch Reservist*innen einberufen werden, die in der Ausbildung stehen (etwa 3.000 Personen), zum Beispiel, indem sie beim Impfprogramm gegen COVID-19 helfen. Zur Frage, ob das Militär einen Aufruf an die Veteranen richten könne, Ruhe zu bewahren, wiederholte Téllez zunächst, dass nichts die Gewaltakte rechtfertigen könnte, dass die Veteranen unabhängig von seiner Institution agierten. Daher verstehe er nicht, warum diese auf einen Aufruf reagieren sollten. Er wies zudem darauf hin, dass es bei den Streitkräften ähnliche Verhaltensregeln bei Demonstrationen gebe wie bei der PNC.

Verteidigungsministerium bestätigt Bearbeitung einer Liste von Veteranen

Téllez sagte auch, dass die Vereinigungen der Veteranen Ende September eine Liste mit 95.000 Namen weitergeleitet habe, die gerade mit den Daten des Ministeriums abgeglichen werden. Die Kriterien für die Verifikation sind, ob die Personen den Militärdienst vollständig geleistet haben und ob sie in illegale Aktivitäten verwickelt waren und natürlich ob es Namensgleichheiten gibt. In diesen Prozess sei bereits viel Zeit investiert worden: Etwa 40 hauptamtliche Kräfte arbeiten daran, weil die Daten aus den 1980er Jahren noch nicht in digitaler Format vorhanden seien, sondern analog. Es werde noch bis Ende Oktober, Anfang November dauern, um die Aufgabe abzuschliessen.

Danach werde die Liste an den Kongress übergeben, weil dort die Gesetzesinitiative 5664 verhandelt wird, die einen «Kriegsbonus für Militärdienstangehörige» entwickeln will, bei dem jedem Veteranen vier Zahlungen à 30.000 Q (3.250 €) ausbezahlt werden sollen.

Stimmen zur Gesetzesinitiative aus dem Kongress

Der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses des Kongresses, Álvaro Arzú Escobar, sagte, dass er davon ausgehe, dass das Verteidigungsministerium am 22. Oktober die Liste der Personen übergebe, die in den Genuss einer solchen Zahlung kommen könnten. Anschliessend könne eine Entscheidung vorbereitet werden.

Am Dienstagabend hat der Kongresspräsident, Allan Rodríguez, die Gewaltakte verurteilt und die Bestrafung der Schuldigen gefordert. Zugleich führte er aus, dass sie die Lage besprechen und einen Dialog darüber führen werden, wie hoch die Zahlungen sein können, aber er betonte, dass «120.000 Q pro Person unmöglich sind, dafür gibt es keine Haushaltsmittel und keine Steuereinnahmen». Der Abgeordnete sagte zudem, dass viele Personen sich Veteranen nennen, aber viele gar nicht das Alter hätten, um während des internen Konfliktes (1960-96) Militärdienst geleistet zu haben. Daher arbeite das Verteidigungsministerium daran, die Berechtigten herauszufiltern. Gebe es diese Daten nicht, so Rodríguez, könne es keine Entscheidung darüber geben, wie viele finanzielle Ressourcen dafür zur Verfügung stehen könnten. Er gehe davon aus, dass viele Aktive manipuliert worden seien, weil die vorgeschlagenen Gesetzesinitiative in der vorherigen Legislaturperiode für verfassungswidrig erklärt wurde.

MP untersucht die Vorkommnisse

Personal der Staatsanwaltschaft (MP) begab sich am 20. Oktober an den Teil des Kongressgebäudes, der durch die Unruhen, die die Veteranen mutmasslich verursachten, beschädigt worden ist, um die Vorkommnisse zu untersuchen. Bestätigt wurde, dass sechs Fahrzeuge verbrannt wurden und es wurden Schäden an der Infrastruktur und in Abgeordnetenbüros im Kongressgebäude registriert. Laut MP seien vier Personen von Sicherheitskräften wegen terroristischen Akten festgenommen und der Justiz überstellt worden. [*Laut Präsidentsamt sechs Personen, s.u., d. Red.*].

Gefährliches Angebot

Für Ronaldo Leiva, ein Berater in Fragen von Sicherheits- und Verteidigungspolitik, ist das Angebot eines Bonus für Militärdienste gefährlich, weil dies ohne eine gesetzliche Grundlage geschehen würde und es keinerlei finanzielle Mittel dafür gebe. Es bestehe die Gefahr, die Kontrolle zu verlieren, denn die Einberufung zum Militärdienst beruhe nicht auf einem Gesetz, sondern um ein Angebot der Regierung, dem Folge zu leisten sei, indem man beweist, dass man zu den Streitkräften gehört. Nach Ansicht von Leiva dürfe dies weder durch eine geheime Auswahl von Personen durchgeführt werden, noch dürfe der Anschein erweckt werden, dass die Zahlung aufgrund gewalttätiger Aktionen durchgesetzt wor-

den ist. Schliesslich glaubt er, dass die Unruhen des vergangenen Dienstag weitergehen könnten, aber die Sicherheitskräfte müssen die Normalität aufrechterhalten. «Der Aspekt, über Konfrontation und Drohungen zu handeln, ist gefährlich. Keine Forderung darf durch gewaltsame Methoden durchgesetzt werden». (Prensa Libre)

Allgemeine Verurteilung der Angriffe auf Journalist*innen von Seiten der Veteranen

Guatemala, 20. Oktober – Verschiedene Medienorganisationen verurteilen die Angriffe, die mehrere Journalist*innen am Dienstag erleiden mussten. Sie zeigten sich besorgt darüber, dass einmal mehr kein Respekt gegenüber der Pressefreiheit herrsche. Zugleich hat die Sonderstaatsanwaltschaft für Delikte gegen Journalist*innen der MP darüber informiert, dass sie Ermittlungen zu den Angriffen gegen Medienvertreter*innen während der Demonstrationen der sogenannten Militärveteranen eingeleitet habe. Die Gruppe der Veteranen protestierte in der nahen Umgebung des Kongresses und nachmittags wurden gewalttätige Handlungen registriert. Die Demonstranten griffen dabei auch außerhalb des Kongresses Journalist*innen an. Laut MP wird heute erwartet, dass zwei weitere Reporter*innen Anzeige erstatten werden. Zwei wollten dies nicht tun und einige weitere sagten, dass sie nur durch das Tränengas getroffen worden seien. Insgesamt sind bisher acht Fälle bekannt, darunter Montenegro und Elmer Vargas von Guatevisión; Esbin García von Prensa Libre und David Sanchinelli von Nuestro Diario, dem neben den physischen Angriffen auf seine Person auch die Fotoausrüstung beschädigt wurde. Ebenso betroffen sind Javier Estrada des digitalen Mediums Quorum.gt und Simón Antonio von Prensa Comunitaria sowie zwei Kameramänner von anderen Fernsehkanälen. (...) (Prensa Libre)

Unruhen im Kongress: Was sagt der Präsident?

Guatemala, 20. Oktober - Die guatemalteckische Regierung veröffentlichte ein Kommuniqué, in dem die Reaktion des Präsidenten wie folgt zusammengefasst ist: «Der Präsident bekräftigt seinen Respekt für alle Guatemalteck*innen, die gekämpft und dem Vaterland ihren Militärdienst geleistet haben; allerdings sind gewalttätige Akte, wie sie heute gegen ein öffentliches Gebäude stattgefunden haben, unter keinen Umständen akzeptabel. Damit wird die Integrität sowohl der guatemalteckischen Bürger*innen als auch der öffentlichen Beschäftigten gefährdet.», heisst es darin. «Es muss darauf hingewiesen werden, dass das Alter einiger der Demonstrant*innen nicht zu dem Personenkreis der ehemaligen Kämpfer passt, die während des Bürgerkrieges, der vor 25 Jahren endete, in den Streitkräften kämpften. Die Präsenz dieser jungen Personen könnte ein Indiz dafür sein, dass externe Akteure und Interessen hier involviert sind.» Weiter heisst es in der Erklärung, dass «Ermittlungslinien eröffnet werden, die die Schuldigen dieser Delikte auffinden sollen und sie die ganze Kraft des Gesetzes spüren lassen soll. Bis dato sind sechs Personen festgenommen worden und erwarten ihre Prozesse.» (Prensa Libre)

Eskalation in El Estor – Ausnahmezustand verhängt!

»Die Menschen werden bedroht und diffamiert«

Guatemala, 20. Oktober - Indigene wehren sich gegen internationalen Bergbaukonzern. Angriffe auf Protestcamp. Ein Gespräch von Thorsten Austen mit Carlos Choc, Journalist bei der Zeitung *Prensa Comunitaria* und Mitglied der Volksgruppe der Maya Q'eqchi'.

Seit dem 4. Oktober haben Einwohner in El Estor im guatemalteckischen Departamento Izabal ein Protestcamp errichtet und blockieren die Zufahrtsstraße zu einer Nickelmine. Was sind ihre Forderungen?

Im Jahre 2019 hat das Verfassungsgericht in Guatemala beschlossen, dass in der Region eine Volksbefragung über die Nickelmine der Firma CGN (Compañía Guatemalteca de Níquel de Izabal, Tochterfirma der Solway Investment Group, eines international tätigen Bergbauunternehmens mit Sitz in der Schweiz, *jW*) stattzufinden hat. Bis dahin sei die Arbeit einzustellen. Ausserdem heisst es im Beschluss des Verfassungsgerichtes, die maximal auszubeutende Fläche sei von 247 Quadratkilometern auf sechs zu reduzieren.

Der Verwaltungsrat der Maya Q'eqchi' in der Region hat bestätigt, mit Vorgesprächen für die Volksbefragung zu beginnen, allerdings unter Ausschluss von mehr als 90 widerständigen Gemeinden im Landkreis. Der Verwaltungsrat hatte sich schon 2020 für die Mine ausgesprochen, ohne die Meinungen in den Gemeinden zu berücksichtigen. Dieses Gespräch zur Vorbereitung der Befragung hat dann am 28. September stattgefunden, allerdings in Puerto Barrios, nicht in El Estor, wo die betroffenen Menschen leben.

All dies hat zu großem Unmut und Protest in den Gemeinden geführt. Anwohner*innen und Fischereiverbände vom Izabal-See haben daher beschlossen, friedlich die Zufahrt für Lastwagen der Mine zu blockieren. Sie fordern, in die Vorbereitung der Volksbefragung mit einbezogen zu werden, und dass die Mine bis zur Befragung ihre Arbeit einstellt. Es gab Drohungen und Diffamierungen gegen die Menschen im Protestcamp. Am Freitag erschien die Polizei mit der Drohung, das Camp zu räumen. Auch wenn das nicht passierte: Es soll einschüchtern, die Anwesenden wurden gefilmt. Durch die Blockade kann die Mine zur Zeit nicht normal arbeiten, aber ihre Botschaft ist klar: Sie wollen weiterarbeiten, gegen jeden Protest.

Den Beschluss des Verfassungsgerichtes, die Arbeit einzustellen, hat CGN nie akzeptiert?

Nein, überhaupt nicht.

Was sind die Argumente der Befürworter*innen der Mine?

Es gab eine friedliche Demonstration von Arbeiter*innen der Mine für den Weiterbetrieb. Aber zwei Gruppen von Personen blockieren jetzt Zufahrtsstraßen in El Estor in Unterstützung der Mine. Sie treten dabei aggressiv auf, sind mit Sturmhauben ver mummt und mit Macheten bewaffnet, auf Transparenten sind Losungen zu lesen. Sie lassen Journalist*innen nicht passieren, auch mich nicht. Privatfahrzeuge, Busse und Taxis dürfen nur gegen Zahlung einer »Gebühr« passieren. Diese Blockaden finden zwei Kilometer vor und drei Kilometer hinter dem Protestcamp der Minengegner*innen statt, damit soll dieser Protest unter Druck gesetzt werden. Die Minengegner*innen lassen aber alle Privatfahrzeuge passieren, sie blockieren nur die Lastwagen der Mine.

Sie wurden 2017 verfolgt, als Sie dokumentierten, wie ein Polizist während eines Protestes gegen die Mine den Fischer Carlos Maaz Coc erschossen hat. Wie ist Ihre Situation zur Zeit?

Während einer Demonstration von Fischer*innen gegen die Mine habe ich gefilmt, wie ein Polizist den Fischer erschossen hat. Daraufhin wurden gegen mich und einige Fischer*innen verschiedene Verfahren eröffnet, unter anderem wegen Bedrohung, Gründung einer kriminellen Vereinigung und Anstiftung zu einer Straftat. Ich muss mich alle 30 Tage bei der Staatsanwaltschaft melden, habe juristische Auflagen zu erfüllen.

Die Staatsanwaltschaft wollte schon 2019 das Verfahren gegen mich einstellen. Aber auf Druck des Ermittlungsrichters wird weiter ermittelt, wenn auch einzelne Anklagepunkte fallengelassen worden sind.

Dieses Vorgehen reiht sich ein in andere Verfahren gegen Aktivist*innen und kritische Journalist*innen, nicht nur hier in Izabal, auch in anderen Regionen in Guatemala. Das Vorgehen gegen die Interessen der indigenen Völker in Guatemala ist erschreckend. Gegen den Polizisten, der Carlos Maaz erschossen hat, gibt es bis heute kein Verfahren.

(Erstveröffentlichung in Junge Welt, 20.10.2021)

Ausnahmestand in El Estor – die Sicht der Polizei und Regierung

Guatemala, 24. Oktober - Präsident Alejandro Giammattei erklärte per Kabinettsbeschluss den Ausnahmestand in El Estor, Izabal. Grund sind die Zusammenstöße zwischen Demonstrant*innen und den Sicherheitskräften in den letzten Tagen. Wie das Präsidialamt am Sonntag, dem 24. Oktober, im Diario de Centro América in juristischem Jargon bekannt gab, «wird die Erklärung des Ausnahmestandes unter Berücksichtigung und Feststellung aufgestellt, dass im Bezirk des Landkreises El Estor, Izabal, Aktionen durchgeführt wurden, die die Ordnung, die Regierungsfähigkeit und die Sicherheit der Bewohner*innen beeinträchtigen. Die gewaltsamen Aktionen einer bewaffneten Gruppe richteten sich gegen Sicherheitskräfte und die Bewegungsfreiheit der Einwohner*innen.» Die Massnahme wird für einen Zeitraum von 30 Tagen ab Inkrafttreten des Dekrets 9-2021 verhängt, das dem Kongress der Republik innerhalb von drei Tagen zur Kenntnis gebracht werden muss, um den Belagerungszustand zu ratifizieren, zu ändern oder zu genehmigen. In der Bekanntmachung wird darauf hingewiesen, dass die Massnahme folgende verfassungsmässigen Rechte einschränkt: Artikel 5 (Aktionsfreiheit), Artikel 6 (gesetzliche Festnahme), Artikel 9 (Befragung von Inhaftierten), Artikel 33 (Versammlungs- und Demonstrationsrechte) und Artikel 38 (Waffenbesitz).

Der Kongress hat mit 81 Ja-, 27 Nein-Stimmen und 49 Abwesenden den Ausnahmestand ratifiziert.

Bereits zuvor wurden 500 Polizei- und Militärkräfte in den Landkreis El Estor geschickt, wo sie – nach Angaben von Prensa Comunitaria – als Funkstreifen herumfuhren und das Haus des Journalisten, Juan Bautista Xol von Prensa Comunitaria, belagerten.

Wie die Polizei (PNC) berichtet, habe eine Gruppe von Demonstrierenden den Durchgang auf einer Strasse in El Estor für die letzten 18 Tage blockiert und Privatpersonen und Geschäftstreibende daran gehindert, durchzufahren. In den letzten Tagen hätten die Spannungen vor Ort zugenommen, nachdem die Sicherheitskräfte berichteten, dass sie bei Räumungsversuchen mit Steinen, Stöcken und Schusswaffen angegriffen worden seien. Letzten Samstag berichtete die PNC, dass mindestens vier Polizeiangehörige während der Räumungsaktionen durch Schüsse verletzt worden seien. Darüber hinaus berichtete die Prensa Comunitaria, dass die Sicherheitskräfte Tränengas eingesetzt haben, um die Gegner*innen des Bergbauunternehmens zu zerstreuen, das das Tränengas aber auch in von Nachbar*innen bewohnte Gebiete abgeworfen worden seien.

Der Prokurator für Menschenrechte gab ein Kommuniqué heraus, in dem er Präsident Giammattei aufforderte, «den Konflikt mit Hilfe der vorhandenen Dialogmechanismen umgehend zu behandeln, um eine Eskalation der Gewalt zu verhindern, und das Energie- und Bergbauministerium anzuweisen, dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Folge zu leisten.» Der Leiter der PDH, Jordan Rodas, teilte auf Twitter mit, dass «das Verfassungsgericht 2019 angeordnet hat, die Bergbaugenehmigung für die CGN auszusetzen, da diese keine vorherige Konsultation mit den dort lebenden indigenen Gemeinden durchgeführt hatte.»

Offizieller Standpunkt

Die guatemalteckische Regierung veröffentlichte eine Erklärung, in der sie ihre «Beunruhigung über die derzeitige Feindseligkeit in El Estor, Izabal, zum Ausdruck bringt, wo nach 17 Tagen rechtswidriger Blockade durch eine kleine Gruppe von Personen, die angeblich nicht in der Region leben, vier Mitglieder der Nationalen Zivilpolizei mit Schusswaffen verletzt wurden. Zusätzlich wurden 13 weitere Sicherheitsbeamte durch die Hand von Demonstrierenden, die Steine, Macheten, Bomben und andere Schusswaffen trugen, schwer verletzt. Weiterhin würde diese Gruppe die Ord-

nung stören, den Durchgang sogar für die Bewohner der Gegend blockieren und sogar so weit gehen, dass sie Geld verlangen, um sie durchzulassen», heisst es in dieser Erklärung.

In Bezug auf die Entscheidung des Verfassungsgerichts stellt die Regierung fest: «Die Entscheidung, mit der das Ministerium für Energie und Bergbau (MEM) der Gesellschaft Compañía Guatemalteca de Niquel (CGN) das Bergbaurecht mit der Bezeichnung Fénix gewährte, ist seit dem 17. Februar 2021 in Umsetzung der Entscheidung des Verfassungsgerichts (CC) ausgesetzt. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass andere Tätigkeiten, wie die Aufbereitungsanlage und andere Bergbaurechte in dem Gebiet, die seit mehreren Jahrzehnten in Betrieb sind, nicht mit der genannten Entscheidung verbunden sind und daher derzeit in Kraft sind und als rechtmässig betrachtet werden.»

In Bezug auf die Konsultation der indigenen Gemeinden sagt die Regierungserklärung: «Der am 28. September diesen Jahres eingeleitete Vorabkonsultationsprozess bezüglich des Bergbaus Fénix in El Estor, Izabal, dessen Einzugsgebiet die Gemeinde Panzós, Alta Verapaz umfasst, erfüllt voll und ganz die Vorgaben des CC im Urteil vom 18. Juni 2020, im Dossier Nr. 697-2019».

In Bezug auf die Erklärung der PDH argumentiert die Regierung, dass die MEM die Konsultation gemäss der Richtlinien durchgeführt habe. »Wir bedauern, dass der PDH dieser Prozess, an dem sie laut CC-Beschluss als Beobachter teilnehmen muss, kaum bekannt ist und dass wir nun mit Aktionen und Äusserungen konfrontiert werden, die dazu beitragen, die Bevölkerung falsch zu informieren und diejenigen zu gefährden, die nicht die Meinung oder Ideologie von Personen und Organisationen teilen, die die Gewalt unter der Bevölkerung von El Estor fördern.» (Prensa Libre)

Laut Prensa Comunitaria könnten die gewalttätigen Angriffe auf Sicherheitskräfte durch Agents Provocateurs durchgeführt worden sein, um die Militarisierung und Repression rechtfertigen zu können. Allerdings ist dort auch von Steinen aus den Reihen der Demonstrierenden die Rede.

Brief der Gemeinde El Estor an die internationale Gemeinschaft

El Estor Izabal Guatemala 26 De Octubre 2021

Bereits die Pandemie hat unseren kleinen Landkreis El Estor hart getroffen. Nun sind wir mit einem weiteren grossen Schlag durch die Regierung konfrontiert, denn der Staat begünstigt die Bergbauminerale Fénix des Unternehmens CGN-PRONICO. Im Jahre 2019 hat das Verfassungsgericht die Operationen dort ausgesetzt, aber dennoch wird dort illegalerweise weiter gearbeitet.

Seit dem 4. Oktober diesen Jahres haben die traditionellen Ältesten des Maya-Volkes der Qeqchi eine friedliche Blockade am Ortseingang von El Estor begonnen, um ihren Protest gegen das Bergbauministerium kundzutun. Denn diese werden von dem Vorabkonsultationsprozess systematisch ausgeschlossen, der seit September in Puerto Barrios, Izabal eingeleitet wurde. Nach 20 Tagen des Widerstandes der Ältesten hat die Regierung Giamattei und die Minister für Inneres sowie Bergbau, Gendry Reyes und Héctor Alarcón Polizei- und Militärkräfte auf dem Land- und Luftweg hier her beordert, um die Bevölkerung von El Estor mit Tränengas zu traktieren und damit die Vergiftung von Demonstrierenden, Kindern, Frauen und Älteren in der Umgebung herbeizuführen.

Vor diesem Hintergrund rufen wir die internationale Gemeinschaft auf, um sich gegen die Verletzung der Rechte der indigenen Völker auszusprechen und fordern eine endgültige Schliessung dieses Unternehmens, die den wunderschönen Izabal-See zerstört und vergiftet.

Am heutigen Tag hat die Regierung für 30 Tage einen Ausnahmezustand in El Estor verhängt, um die Führer*innen des indigenen Volkes verhaften und die Bergbaufirma weiterhin begünstigen zu können

#Ja zum Leben! #Nein zum Bergbau! Die Bewohner*innen von El Estor, Izabal

(Fotos unten von Leonel Xi Rax, weitergeleitet von Georg und Brigitte Schubert – die Redaktion dankt ihnen herzlich)

Weiterhin schreiben die beiden: «Wir haben den Kampf der Einwohner El Estors die ganzen vier Wochen verfolgen können. Leonel hielt uns auf dem Laufenden. Ein kleiner Kreis von unseren Freunden hat Geld gesammelt, für einen neuen Computer und Drucker für die Fischer. Damit konnten sie aktuell Flugblätter während der Aktion drucken. Außerdem wurde auch Geld benötigt, um die Aktivisten im Sammeltaxi aus den entlegeneren Dörfern zur Blockade zu transportieren. Auch die Versorgung mit Essen, für die die Frauen verantwortlich waren, haben wir mit Spendengeldern unterstützt. Wir wünschen uns, wir könnten sie noch mehr unterstützen!!! Ihr Einsatz und ihr Kampfgeist in den letzten Wochen war schon erstaunlich. Und ist wohl auch auf andere Regionen in Guatemala «übergeschwappt.»



Auf dem vorderen Transparent heisst es: Wann werden wir je eine gerecht handelnde Regierung bekommen? Alle Regierungen haben immer zu den Reichen gehalten. Wir Mayavölker wurden immer zu Märtyrer*innen und Opfern von Massakern gemacht, nur um alles den Ausländer*innen zu geben.



Kongress: Shirley Rivera von der Regierungspartei wird Parlamentspräsidentin

Guatemala, 19. Oktober – Mit 101 Ja-Stimmen hat es die Regierungspartei VAMOS geschafft, das Kongresspräsidium für die Periode 2022-2023 in ihrem Sinne zu gestalten. Ein Kongress, der von der Abgeordneten Shirley Rivera geführt werden wird. Die NGO-Allianz für einen effizienten Kongress gab eine kurze Information über die Wahl heraus und betonte, dass die Abgeordneten von 12 Fraktionen und zwei «Unabhängigen» diesen Ausgang ermöglichten.

UNE: die Partei mit den meisten Sitzen

Insgesamt hat das Präsidium unter Rivera 32 Stimmen der UNE erhalten. Sie war damit die Fraktion, die am meisten für diesen Sieg der Regierung beitrug. 18 UNE-Abgeordnete stimmten dagegen und zwei waren abwesend. In der vergangenen Woche veröffentlichte das Oberste Wahlgericht (TSE) eine Entscheidung, der es Sandra Torres erlaubte, ihren Posten als Generalsekretärin der UNE wieder anzunehmen. Abgeordnete, die nicht zu der neuen Kongressführung stehen, warfen Präsident Giammattei vor, mit Torres zu paktieren und dass die Entscheidung des TSE eine Gegenleistung für die UNE war, um die von der Regierung aufgestellten Kandidat*innen zu unterstützen. Gestern wurde bekannt, dass Carlos Barreda nicht mehr Fraktionschef der UNE ist und durch Jorge Estuardo Vargas Morales ersetzt wurde.

VAMOS ist dem Regierungslager treu, ebenso UCN, VALOR, FCN-Nación und TODOS

Die Regierungspartei VAMOS hat all ihre 17 Stimmen im Parlament für Rivera zusammengebracht, auch die Stimme des aktuellen Präsidenten, Allan Rodríguez. UCN, die Partei des Drogenbosses Mario Estrada (12 Sitze), VALOR, die Partei von Zury Ríos (8 Sitze), die ex-Regierungspartei von Jimmy Morales, FCN-Nación (8 Sitze) und TODOS, die Partei des Strippenziehers Felipe Alejos und weiterer korrupter Politiker, unterstützten ebenso das Regierungslager.

Die uneinigen Parteien

Die Fraktion BIEN hatte 5 Stimmen für die Regierungskandidat*innen, zwei dagegen und einem Abwesenden. Die Abweichterinnen waren Andrea Villagrán und Evelyn Morataya. Von der Fraktion VIVA haben vier Personen für die Regierungskandidat*innen gestimmt, zwei dagegen und eine*r war abwesend. Der derzeitige dritte Vizepräsident und VIVA-Abgeordnete, Armando Castillo, war als möglicher Kandidat für eine alternative Führung im Gespräch. Nun werden die Abgeordneten Hellen Magaly Alexandra Ajcip Canel und Aníbal Estuardo Rojas Espino vermutlich Fraktionschefin und stellvertretender Fraktionschef. Damit solle laut einer Quelle von La Hora dafür gesorgt werden, dass die Fraktion regierungstreu abstimmt. Rojas Espino ist als vierter Sekretär in der Kongressführung 2022-2023.

Aus der Fraktion der PC gingen drei Stimmen an die Regierungskandidat*innen, zwei weitere Stimmen kamen von den «Unabhängigen» Julia Izabel Anshelm-Moller Velásquez und Héctor Manuel Choc Caal von der Partei VICTORIA. Von PAN hat der Abgeordnete Manuel Conde Orellana für die neue Führung gestimmt, ebenso wie José Alejandro De León Maldonado von PODEMOS. Ein einziges Mitglied der Fraktion von CREO, nämlich Luis Alberto Contreras Colindres, unterstützte die Regierungskandidat*innen, obwohl die Fraktion angekündigt hatte, dass sie diese nicht wählen würde, und Rodolfo Neutze als Kandidat für den zweiten Vizepräsidentenposten der Oppositionskandidat*innen antrat.

Die Wahl

Zusammengefasst sind damit die folgenden von der Regierung favorisierten Kandidat*innen für das Kongresspräsidium mit 101 Ja-Stimmen, 48 Nein-Stimmen und 11 Abwesenden gewählt worden:

Shirley Rivera, Kongresspräsidentin (VAMOS); Carlos López (UNE), Sandra Carolina Orellana Cruz, (UCN), Efraín Menéndez (VALOR) als Vizepräsident*innen; Mynor Mejía (VAMOS), Julio Cesar Longo (FCN), Carlos Santiago Nájera (UNE), Aníbal Rojas (VIVA) und Marvin Estuardo Alvarado Morales (BIEN) als Sekretär*innen (La Hora)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnent: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnent 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6